**La Democrazia Cristiana tedesca e la costruzione europea: principi, valori e prospettive**

Der Beitrag der deutschen Christlichen Demokratie zur Einigung Europas ist mit den Namen von Konrad Adenauer und Helmut Kohl verbunden, die beide als Bundeskanzler über den langen Zeitraum von insgesamt 30 Jahren die Richtlinien der deutschen Politik bestimmten. Beide waren auch Vorsitzende ihrer Partei, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und prägten nachhaltig ihre Vorstellungen und Programmatik.

Konrad Adenauer orientierte die Bundesrepublik Deutschland entschieden nach Westen, indem er jede Möglichkeit ihrer Einbindung in die nach dem zweiten Weltkrieg entstehenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen nutzte. Die Einigung Europas war für ihn vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen eine Frage der Staatsraison. Es kam ihm darauf an, zu verhindern, dass Deutschland noch einmal „zwischen die Mühlsteine“ gerät. Schon in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte er, der damals schon als Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrates eine herausgehobene Stellung einnahm, die Idee eines gemeinsamen europäischen Marktes mit dem Endziel einer vollständigen Vereinigung aller europäischen Nationen verfochten.

Gemeinsam mit seinen kongenialen Partnern in Frankreich und Italien, Robert Schuman und Alcide de Gasperi, wird Adenauer zurecht als Gründungsvater der Europäischen Gemeinschaft genannt. Das wichtigste Erbe, das er der deutschen Politik hinterlassen hat, ist die Maxime der Beständigkeit und der Zuverlässigkeit: die deutsche Außenpolitik sollte vor allem Vertrauen erwerben und das erworbene Vertrauen bewahren und stärken. Es sollte kein Zweifel aufkommen können an der deutschen Ablehnung jeder Form von Neutralisierung oder eines deutschen Sonderweges. Die vielfältigen bilateralen Bemühungen um die Nachbarn, vor allem um diejenigen, die unter den Nazis besonders gelitten hatten, dienten diesem Ziel und schufen zugleich ein Beziehungsgeflecht, das schließlich auch die Integrationspolitik erleichterte.

Helmut Kohl war geprägt von den Erfahrungen des Krieges, den er als junger Mensch erlebte. Nach dem Krieg gehörte er zu den jungen Europäern, die an der deutsch-französischen Grenze demonstrierten und durch die symbolische Zerstörung der Grenzpfähle und Barrieren ihre Überwindung forderten. Als Pfälzer war Kohl das Produkt einer Landschaft und Kultur, deren Geschichte von der Grenznähe und dem Austausch mit dem französischen Nachbarn bestimmt war.

Die Maxime Adenauers von der existenziellen Notwendigkeit einer zuverlässigen und vertrauenswürdigen deutschen Politik hatte Kohl verinnerlicht und machte sie seinerseits zur Leitschnur seiner Bemühungen, die schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands als wichtiges Element der Wiedervereinigung Europas ermöglichte. Die unwiderrufliche Bindung an die Nachbarn und Partner in der Europäischen Gemeinschaft durch die von ihm mit Nachdruck und gegen erhebliche innenpolitische Widerstände betriebene Europäische Währungsunion ist ein konkreter Ausdruck dafür.

Aber neben und mit Adenauer und Kohl haben viele weitere christlich-demokratische Persönlichkeiten, Politiker der verschiedenen Ebenen, Beamte, Diplomaten und engagierte Parteimitglieder, wichtige Beiträge geleistet, um Deutschland zu einem zuverlässigen Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft zu machen, der in den entscheidenden Phasen der Entwicklung zur Avantgarde gehört hat und zu einem der Motoren des Einigungsprozesses wurde.

Die existenzielle Erfahrung der Grenznähe, teilten Adenauer und Kohl mit anderen deutschen Christlichen Demokraten, die im Laufe der Jahrzehnte, in denen sich die Einigung Europas entwickelte und konkretisierte, wichtige Beiträge zu diesem Prozess leisten sollten. Ich werde hier, da wir von den Gründungsvätern sprechen, nur auf Heinrich von Brentano und Walter Hallstein eingehen, die bei der Grundlegung der europäischen Konstruktion und der politischen Union jeweils eine besondere Rolle gespielt haben.

Heinrich von Brentano, Vorsitzender der CDU-Fraktion in Deutschen Bundestag von 1949 bis 1955 sowie von 1961 bis 1964 und Außenminister von 1955 bis 1961, war ein überzeugter Föderalist. Als solcher hatte er sich schon bei den Beratungen über das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat profiliert. Er befand sich in allen grundsätzlichen Fragen der Europapolitik in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler, mit dem er insbesondere die Überzeugung teilte, die er in seiner Rede anlässlich der Debatte des Deutschen Bundestages im Januar 1952 über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl formulierte, nämlich „dass die Zwangsläufigkeit der Entwicklung, die durch diesen ersten Schritt nun ausgelöst wird, uns weiter führen wird zu einer echten Integration der freien Völker Europas einschließlich eines freien ungeteilten Deutschland“.

Die „Zwangsläufigkeit der Entwicklung“, die von der Integration in einem strategisch bedeutsamen Sektor der Wirtschaftspolitik zur Integration in weiteren Sektoren und auf diesem Wege zu einem immer engeren Zusammenschluss der europäischen Staaten sowie darüber hinaus durch die damit bewirkte Revolutionierung der internationalen Verhältnisse auch zur Wiedervereinigung Deutschlands führen würde, wurde zu einem Glaubenssatz der deutschen Christlichen Demokraten, die sich in der Nachfolge von Adenauer, Brentano und Hallstein in der Europapolitik engagierten.

Brentano übernahm 1952 den Vorsitz des Verfassungsausschusses, der sogenannten Ad-hoc-Versammlung, die aus der um eine gewisse Anzahl von Mitgliedern der WEU-Versammlung erweiterten Montan-Versammlung bestand. Dieser Verfassungsausschuss hatte den Auftrag, ein Statut für die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) zu erarbeiten, die als politisch-institutionelles Dach für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vorgesehen war. In seinem Vorwort zum Entwurf für dieses Statut, den Brentano im März 1953 vorlegte, ging er auch auf den Charakter der Politischen Gemeinschaft ein: „Sie wird weder ein Staatenbund noch ein Bundesstaat sein. Sie vereinigt die verschiedenen Elemente der klassischen staatsrechtlichen Konstruktionen. Sie unterscheidet sich allerdings klar und eindeutig von einer lediglich auf internationalen Verträgen und Vereinbarungen beruhenden Koalition oder Allianz. Solche Konstruktionen lassen alle Gegensätze bestehen, und werden beherrscht vom Prinzip der Hegemonie. In einer Gemeinschaft, wie sie der Entwurf vorschlägt, wird das Eigenleben der die Gemeinschaft bildenden Völker und Staaten garantiert. Die Hegemonie eines einzelnen Staates innerhalb der Gemeinschaft ist jedoch ausgeschlossen.“

Von den deutschen Politikern, die aktiv an der Konstruktion der Europäischen Gemeinschaft beteiligt waren, hat niemand mehr als Walter Hallstein (Staatssekretär für auswärtige Beziehungen 1951 – 1957, Präsident der EWG-Kommission 1958 – 1967) durch seine zahlreichen Reden und Aufsätze zur theoretischen Durchdringung und zum Verständnis des Einigungsprozesses beigetragen. Adenauer hatte den Professor für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Frankfurt für die Leitung der Verhandlungen über den Schuman-Plan rekrutiert und ihn, nachdem er sich in dieser Funktion im Zusammenspiel mit Jean Monnet blendend bewährt hatte, zum Staatssekretär für die auswärtigen Beziehungen ernannt. Sein Einfluss auf die Gestaltung der Verträge von Paris und von Rom war beträchtlich, sodass seine Ernennung zum ersten Präsidenten der EWG-Kommission allen Beteiligten als selbstverständlich erschien. Er wurde zum Schöpfer ihrer Verwaltungsstruktur und legte den Grund für ihr Selbstverständnis. Mit Nachdruck betrieb er die zügige Verwirklichung der Bestimmungen des Vertrages. Er bestand auf der Eigenständigkeit der Kommission und verteidigte konsequent ihre Unabhängigkeit gegenüber den Einwirkungen und Erwartungen der Regierungen. Das brachte ihn in Konflikt vor allem mit dem französischen Staatspräsidenten Charles De Gaulle.

Seine Erfahrungen und Erkenntnisse hat Hallstein nach seiner Präsidentschaft in einem Buch unter dem Titel „Der unvollendete Bundesstaat“ (Europa: Federazione incompiuta, Rizzoli) niedergelegt. Es erreichte (später unter dem Titel „Die Europäische Gemeinschaft“) mehrere Auflagen und wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Alle wesentlichen Attribute eines Bundesstaates sah er in der Europäischen Gemeinschaft bereits vorhanden, wenn auch in Formen, die es weiter zu entwickeln galt, um den Bundesstaat zu vollenden. Die Europäische Gemeinschaft verstand er als „dynamischen Organismus, der schon eine Zukunft in sich trägt“. Die Entwicklung sah er dementsprechend als Prozess, in dem die „Sachlogik“ dafür sorgt, dass jeder Schritt, jede europäische Lösung die Notwendigkeit weiterer Integrationsschritte nach sich zieht. Im Übrigen betrachtete er die Gemeinschaft als eine Schöpfung des Rechts, also eine Rechtsgemeinschaft, die sich im Sinne ihrer Bestimmung nur dann angemessen entwickeln kann, wenn alle ihre Teile das miteinander vereinbarte Recht befolgen.

Die Prinzipien und Werte, die die deutschen Christlichen Demokraten in ihrer Europapolitik motivierten, und die Perspektiven, die sie dabei verfolgten, sind – wie ich hoffe - in diesen kurzen Darstellungen der führenden Persönlichkeiten und ihrer spezifischen Beiträge deutlich geworden. Es bleibt noch einiges zu sagen zu den drei wichtigsten Bedingungen, die für die Europapolitik der deutschen Christlichen Demokratie wesentlich waren, nämlich

1. zum Zusammenhang von Deutschland- und Europapolitik und

2. zu ihrer Vorstellung vom Föderalismus,

3. zur deutsch-französischen Zusammenarbeit.

In der Konzeption Adenauers und seiner Partei, die in den 50er und 60er Jahren nicht zuletzt wegen ihrer Deutschland- und Europapolitik breiteste Mehrheiten hinter sich brachte war die Wiedervereinigung Deutschlands nur durch die Einigung Europas, zunächst Westeuropas und schließlich Gesamteuropas erreichbar. Deshalb hatte für die christlich-demokratisch geführten Bundesregierungen auch immer die aktive Europapolitik Priorität vor einer aktiven Wiedervereinigungspolitik.

Europapolitik war in dieser Vorstellung die beste Deutschlandpolitik und eine Politik, die auf die Wiedervereinigung Deutschlands abzielte, nichts anderes als aktive Europapolitik. Denn es ging hier wie da um Freiheit, um Frieden, um Sicherheit und um Demokratie. In der deutschen Erfahrung war übrigens auch nicht der Nationalstaat als solcher das Übel, das es abzuschaffen oder zu überwinden galt. Vielmehr bestand das Übel in der Besetzung und Korrumpierung des Staates und der Gesellschaft durch totalitäre, menschenverachtende Ideologien, durch den Nationalsozialismus damals - und jetzt durch den Kommunismus.

Die deutsche Föderalismus-Vorstellung beruht auf einer in der Bundesrepublik gelebten und bewährten Praxis; sie geht davon aus, dass die europäische Föderation nur Ergebnis eines Prozesses sein kann, der im Wesentlichen von den Mitgliedstaaten getragen werden muss.

Dabei soll gleichzeitig, indem sich die Nationalstaaten in der europäischen Föderation zusammen tun, sich also föderieren, innerhalb dieser Staaten ein Prozess der Föderalisierung durch Stärkung der Autonomie seiner Regionen stattfinden. Das erklärt auch das nachhaltige Engagement zugunsten des Prinzips der Subsidiarität und der Einrichtung eines Ausschusses der Regionen. Die absolute Souveränität des klassischen Nationalstaats, die sich nicht zuletzt in einer Tendenz zum absoluten Zentralismus ausdrückt, soll auf diese Weise nicht nur durch eine supranationale, sondern auch durch eine infranationale Gewaltenteilung relativiert und unschädlich gemacht werden.

Das war nicht nur eine theoretische Position; sie stützte sich auf die Erfahrung, die Deutschland unter den Nationalsozialisten machen musste. Unmittelbar nach ihrer Machtergreifung im Jahre 1933 hatten die Nationalsozialisten nicht nur die demokratischen Parteien verboten, sondern auch die deutschen Länder gleichgeschaltet und damit abgeschafft, um dadurch das gesamte Reich unmittelbar in den Griff zu bekommen. Die Kommunisten haben in Ostdeutschland zwar etwas länger gebraucht, einen entsprechenden Schritt zu tun. Aber schließlich haben auch sie die Zentralisierung des politischen Lebens der DDR im Laufe der Jahre zwischen 1952 und 1958 sukzessive durch die Beseitigung der Länder, die nach dem Krieg wieder erstanden waren, perfekt gemacht.

Wegen seiner Bedeutung als innerstaatliches Struktur- und Organisationsprinzip für die demokratische Entwicklung und den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik, wurde der Föderalismus auch für die deutschen Vorstellungen von der zukünftigen europäischen Konstruktion maßgebend. Das galt insbesondere für die Christlichen Demokraten, die – nicht zuletzt aufgrund der wichtigen Rolle, die das aus der katholischen Soziallehre übernommene Prinzip der Subsidiarität in ihrem Denken und ihrer Programmatik spielt – als die Partei des Föderalismus gelten darf, und sich in dieser Hinsicht von ihrem Konkurrenten, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die traditionell zum Zentralismus tendierte, deutlich unterscheidet.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit als Zeichen und Mittel der Aussöhnung und Verständigung zwischen den Nachbarn beiderseits des Rheins war von Anfang an, nicht nur in Frankreich und Deutschland, als wesentliche Voraussetzung für ein Gelingen der Bemühungen um die europäische Einheit gesehen worden. Deshalb haben Adenauer und seine Nachfolger bei jeder Initiative das Einvernehmen mit Frankreich gesucht, auch wenn – und wohl auch gerade weil! - die Motive und die Zielsetzungen der beiden Partner oft auseinander liefen. Auch die Verantwortlichen auf französischer Seite haben regelmäßig den Schulterschluss mit den Deutschen gesucht.

Das war auch der Fall, als Anfang der 60er Jahre in einer Lage, in der aufgrund des Fortgangs der Integration im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Fortschritt zur Politischen Union fällig war, aber nicht realisierbar werden konnte. Der Durchbruch wurde mittels einer deutsch-französischen Entente versucht. Tatsächlich steht die Entstehung des deutsch-französischen Vertrags in einem engen Zusammenhang mit den Bemühungen, die Europäische Politische Union durch die Verabschiedung eines Statuts herzustellen. Die Hoffnung, dass die anderen Partner dem deutsch-französischen Beispiel folgen und dem Vertrag beitreten würden, erfüllten sich nicht, obwohl man sich auf deutscher Seite redlich darum bemüht hatte, die Differenzen zum Ausgleich zu bringen. Mit seinem Einsatz für dieses Vertragswerk, das Adenauer übrigens gegen Ende seiner Amtszeit als „das Hauptwerk seiner vierzehnjährigen Tätigkeit als Bundeskanzler“ betrachtete, hat er dennoch Recht behalten. Denn schließlich hat es seitdem als Stützpfeiler der Europäischen Gemeinschaft in den schwierigen Phasen der Integration gewirkt. In seinem Rahmen konnte manches Missverständnis geklärt, manche Schwierigkeit im Integrationsprozess überwunden und manche Initiative zugunsten der politischen Weiterentwicklung der Gemeinschaft ergriffen werden. Auch dadurch wurde bestätigt, dass die deutsch-französische Verständigung eine grundlegende Voraussetzung für die Einigung Europa bleibt.

Ich komme zum Schluss. Die christlich-demokratische Union Deutschlands sieht sich auch unter der Führung von Angela Merkel als die deutsche Europa-Partei. Die Bundeskanzlerin ist in Deutschland nicht zuletzt wegen ihrer Europapolitik außerordentlich populär. Als Pragmatikerin hat sie bisher darauf verzichtet, eine eigene europapolitische Vision zu formulieren, sie bleibt aber den Zielen der christlich-demokratischen Gründungsväter treu. Während der deutschen EU-Präsidentschaft (2007) hat sie nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden dafür gesorgt, dass die Inhalte des im Europäischen Konvent verabschiedeten Verfassungsentwurfs durch den Vertrag von Lissabon gerettet wurden. Bei der Rettung der Währungsunion hat sie zusammen mit Wolfgang Schäuble die Führung übernommen, indem sie den Mut hatte, darauf zu bestehen, dass jeder Mitgliedstaat selbst die Verantwortung für die Lösung der Probleme trägt, die von ihm selbst verursacht worden sind. Das ist die Voraussetzung dafür, dass diese Mitgliedstaaten wieder nachhaltig gesunden. Es ist die Bedingung, unter der die Europäische Währungsunion vereinbart wurde. Die Einhaltung dieser Regel ist auch die Vorrausetzung für die Solidarität der Partner. Mit der Regel der Eigenverantwortung, die dem Prinzip der Subsidiarität entspricht, und mit der sich daraus ergebenden Disziplin in der Haushalts- und Finanzpolitik sollte verhindern werden, dass einzelne Mitgliedsstaaten sich auf Kosten anderer Mitgliedsstaaten und damit auf Kostens des Zusammenhalts der Gemeinschaft verschulden und dadurch die ganze Gemeinschaft belasten und in ihrem Bestand gefährden.

Das europapolitische Erbe Adenauers, Brentanos und Hallsteins wird systematisch gepflegt – von der Christlich-Demokratischen Union selbst wie von der Konrad Adenauer-Stiftung, die ihre vielfältigen Instrumente (vom Archiv über das Wissenschaftliche Institut, die Publikationen, die Akademien für Politische Bildung bis hin zu den Vertretungen im Ausland) nicht zuletzt zu diesem Zweck einsetzt.

Die im Wesentlichen von den Christlichen Demokraten gestaltete deutsche Europapolitik, die auf die feste und definitive Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft abzielte, wird von einer großen Mehrheit der Deutschen ebenso positiv beurteilt wie das Produkt dieser Politik, die Europäische Union. Darin spiegelt sich ein breiter, die Parteien übergreifender Konsens der politischen Klasse, der im Wesentlichen der Kontinuität und der Präsenz zu verdanken ist, mit der sich die deutsche Christliche Demokratie in der Nachfolge Adenauers auf dem Feld der Europapolitik engagiert hat.